

Sohrauer Stadtblatt.

Publikations-Organ der amtlichen Behörden von Sohrau O.S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Ercheint

wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich frei ins Haus und
bei allen Postämtern 1 Mk. 50 Pf.

Druck und Verlag von

P. Humold's Stadtbuchdruckerei, Sohrau O.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Humold.

Anzeigen-Preis:

für die einspaltige Zeitspaltel oder deren Raum 20 Pf.
Zusätzliche Annahme bis nachmittags 1 Uhr nur beim
Ergebnungstage.

Nr. 42.

Verst. Nr. 49

Sonnabend, den 24. Mai 1919.

Verst. Nr. 49

41. Jahrg.

Die Sieger unter sich.

Es ist leicht begreiflich, daß schwerer noch als der Frieden mit den „Besiegten“ der dauernde Frieden unter den Alliierten zu begründen sein wird. Denn die Meinungen gehen im Bunde jener, die sich um England, Frankreich und Amerika bereitanden, gegen Deutschland und seine Verbündeten in den Krieg einzutreten, erheblich auseinander. Jeder will selbstverständlich aus diesem Kriege einen Vorteil retten. Da es aber die drei führenden Mächte: England, Frankreich und die Vereinigten Staaten übernommen haben, über den Besitz und das Vermögen der Unterlegenen zu verfügen, so bleibt für die anderen nicht viel übrig, oft nicht einmal das, was ihnen schriftlich versprochen wurde. Italien unternahm den ersten Vorstoß gegen die Friedenskonferenz, das heißt, gegen Wilson, Lloyd George und Clemenceau. Es entfacht eine nationale Bewegung im Lande und bestand mit Nachdruck auf seinem Schein. Schließlich kamen Orlando und Sonnino wieder nach Paris, und dann hörte man, daß Italien Fiume (wenn auch mit einschränkenden Bestimmungen) erhalten soll. Damit scheint nun freilich noch nicht alles italienische Hoffen in Erfüllung gegangen zu sein, weil aus dem Lande der Römer eine wunderbare Miße und ein auffallendes Verstandnis kund wird für das schwer bedrohte Deutschland. Man verurteilt dort den Gewaltfrieden. Aber jeder, der Italien kennt, weiß, daß hinter diesem Mittel ein Portion Egoismus steckt. Die Zeit dürfte bald lehren, um was Italien noch durch Clemenceau, Lloyd George und Wilson betrogen worden ist.

Neben Italien hat sich auch China mit dem Frieden nicht einverstanden erklärt. Es gibt sich mit der Zurücklieferung der astronomischen Instrumente, die vor dem Schloß von Sansouci aufgestellt sind, durchaus nicht zufrieden. Man will nicht einsehen, weshalb Japan Klatschou erhalten soll, um sich mit China auseinanderzusetzen. Eine japanerfeindliche Bewegung hat bereits ganz China ergriffen. Das Land der aufgehenden Sonne lehnt den Frieden fast so geschlossen ab, wie Deutschland. Aber auch Japan schießt sich wohl übers Ohr gehauen, denn es demonstriert bereits. Man hört, es habe weitgehendere Konzessionen erwartet und sei enttäuscht worden. Daneben kommen nun Meldungen aus Rumänien, das mit der Verteilung des Banats höchst unzufrieden ist. Es hätte von Deutschland mehr erhalten, wenn es neutral geblieben wäre, behaupten dort die führenden Politiker, die die Entente an ihre Versprechungen erinnern. Für uns ist gewiß eine Genugtuung, daß diese Erkenntnis den Rumänen geworden ist. Leider können wir sie für uns nicht mehr ausnützen. Wir sind nur insofern interessiert, als wir sehen, wie schwierig es der Entente wird, ihr Wort zu halten.

Es scheint ihr unmöglich zu werden, ihre Versprechungen einzulösen, da auch Venizelos für Griechenland einen Schein in Händen hat und darauf bestehen soll, daß er erfüllt wird. Er läßt nichts ab und weist auf die Unterfertigen der verarmenden Herren Clemenceau und Lloyd George hin, die sich in trübten Tagen zu allen Zusagen verstanden. Er will das haben, was man ihm verheißt hat. Aber auch zwischen Frankreich, England und den Vereinigten Staaten ist es nicht ganz ohne Risiko abgegangen. Einer sucht ein besseres Geschäft zu machen, als der andere. Das verteidigt sich zwar nicht mit dem Frieden des „Rechts und der Gerechtigkeit“, aber schließlich offenbart sich in dieser Hinsicht der Feinde der eigentliche Grund des Krieges.

Der Völkerbund ist Angesichts dieser Ereignisse und Unzufriedenheiten eine Farce geworden. Und nirgends besteht wohl besondere Neigung, ihn zu Stande zu bringen. Was ist der Völkerbund, wie ihn die Alliierten schaffen wollen? Doch nur ein Bündnis gegen Deutschland. Eine feste Abmachung aber wollen die, die sich aus irgend einem Grunde gegen die Mittelmächte verbunden haben, nicht mehr eingehen, denn jedem scheint der nächste Krieg unvermeidlich. Kriege entstanden bisher stets, weil territoriale Forderungen die Völker beherrschten. Der Krieg kann für immer vermeidet werden, wenn jedes Land sein Verlangen erfüllt sieht. Das aber will die Friedenskonferenz, vertreten durch die drei Hauptaktionen, nicht. Sie kann die nationalen Wünsche der Kleinstaaten und Helfer nicht zur Wahrheit werden lassen, weil sie zu viel versprochen hat. So bleibt das Verlangen nach Land, nach wirtschaftlichen Vorteilen nach und der Reim zu Kriegen nach wie vor lebendig. Nur dann wird die Entente diese Gefahr beschwören können, wenn sie wirklich den Standpunkt einnimmt, den Wilson in seinen vorgelegenen Punkten festgelegt hatte. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker allein kann aus diesem Dilemma einen Ausweg bieten. Selbstverständlich ist, daß mit einer Weltneueinstellung nach dem Selbstbestimmungsrecht auch ein gerechter Frieden mit Deutschland verbunden ist.

Wie der Frieden wird, wissen wir heute noch nicht. Das aber ist jetzt schon klar: die alliierten Staatsmänner haben sich den Frieden leichter gedacht, wie er werden wird. Sie haben verkannt, daß ein Weltfrieden nur durch gerechte Behandlung aller Staaten gesichert werden kann und durch Selbstopfer und Ent-sagung.

Eine vernichtende Kritik des Friedensentwurfs.

Berlin, 21. Mai. Aus scharfer Duelle erfahren wir, daß sich die Meldungen von Unstimmigkeiten zwischen England und Amerika über die Auffassung von Wilsons 14 Punkten befähigen. Es steht fest, daß drei wichtige Mitglieder der amerikanischen Delegation zurückgetreten sind. Auch in bezug auf die Fiumefrage ist die Lage noch keineswegs geklärt.

Frühererlängerung bis 29. Mai.

Paris, 22. Mai. Amtlich: Den Deutschen ist für das Einreichen der Gegenvorschläge eine Frist bis zum 29. Mai morgens gewährt worden.

Mündliche Verhandlungen?

Rotterdam, 21. Mai. Neue Rotterdamsche Courant zufolge meldet „Daily News“ aus Paris, daß einflussreiche Mitglieder der amerikanischen und britischen Friedenskommission stark auf offene Verhandlungen mit den deutschen Delegierten hindrängen. Mündliche Beratungen sind bereits wiederholt mit gutem Erfolg in Lebensmittel, Finanz- und Schiffahrtsfragen in Anwendung gekommen. Es wird darauf hingewiesen, daß eine Weigerung, mündlich zu verhandeln, unberechtigt sein würde.

„Daily News“ meldet, es könne als feststehend betrachtet werden, daß die Alliierten gewisse Konzessionen machen. Diese Konzessionen würden vermutlich in der Frage des Saarbeckens, deren augenblickliche Lösung einer ersten Kritik nicht standhalten könne, und außerdem in wirtschaftlichen Bestimmungen allgemeiner Art bestehen können. Daneben neigten die Sachverständigen immer mehr zu der Ansicht hin, daß Frankreich und Belgien wohl auf jeden Pfennig Schadenersatz, den Deutschland bezahlen könne, Anspruch haben, daß jedoch die Regelung in der augenblicklichen Form undurchführbar sei. Vermutlich werde man einige der zweifelhaften Bestimmungen bezüglich des Danubius-Gebiets fallen lassen.

Auch England verschmeißt den Friedensvertrag.

Haag, 21. Mai. „Hollands Nieuws Bureau“ meldet aus London: Nach einem Reporter-Bericht teilt Bonar Law im Unterhause mit, daß die alliierten Regierungen beschloffen haben, vorläufig die ausführlichen Bedingungen zum Friedensvertrage nicht zu veröffentlichen. Man sei der Ansicht, daß Erörterungen darüber im Parlament unter den gegebenen Verhältnissen sehr schädlich wirken könnten. Bonar Law wiederholte, daß das Parlament den Vertrag zu billigen hätte, bevor er in Kraft tritt.

Neue Truppentransporte durch Deutschland?

Cecolo meldet aus Paris: Der Oberste Kriegsrat der Entente beschloß zur Sicherung Polens gegen die anmarschierenden Sowjetarmee die Verhärkung der Ententebestimmungen in Polen um 250 000 Mann. Ueber den Transport dieser neuen Ententearmee nach Polen sollen Verhandlungen mit Deutschland aufgenommen werden.

Von der Armees Halle.

Bis 19. Mai vormittags haben der „Schles. Ztg.“ zufolge von der Hallerischen Armees 45 000 Mann, über 15 000 Pferde, fast 5 000 Fahrzeuge (darunter etwa 150 Geschütze), viele Flugzeuge und 15 Tausend polnisches Gebiet erreicht, d. h. die 1. und 2. und der überwiegende Teil der 3. polnischen Division. Nach Durchtransport der 3. polnischen Division, die stark mit ehemaligen österreichischen Kriegsgefangenen durchsetzt ist, wird der Eisenbahntest transport quer durch Deutschland zunächst unterbrochen werden. Dies dürfte in etwa zwei Tagen der Fall sein. Die nächste polnische Division wird dann auf dem Seewege (vielleicht nach Libau) transportiert werden, um von dort aus ihren Bestimmungsort zu erreichen.

Die Aufrollung der Schuldfrage.

Paris, 21. Mai. Namens der alliierten und assoziierten Regierungen antwortete Clemenceau auf die Note des Grafen Brockdorff-Rantzau über Wiedergutmachung und Zurückholung der Schuld der früheren deutschen Regierung am Ausbruch des Krieges:

Herr Präsident! In Ihrer Note vom 13. Mai erklären Sie, daß Deutschland trotz der Annahme der Verpflichtung zur Entschädigung im November 1918 nicht zugibt, daß diese Annahme die Verantwortlichkeit für den Krieg oder Handlungen der früheren deutschen Regierung in sich schließt. Eine solche Verpflichtung kann aber nur verstanden werden, wenn ihr die Verantwortlichkeit des Urhebers der Schuld als Ursache zugrunde liegt. Sie sagen bei, daß das deutsche Volk nicht einen Kriegszustand unternommen hat. Man ist aber in der Note des Staatssekretärs Baumbach vom 6. November 1918, die Sie billigen anrufen, gesagt, daß aus dem Angriff Deutschlands zu Wasser, zu Lande und in der Luft die Entschädigungspflicht hervorgeht. Die deutsche Regierung hat, indem sie feierlich Protest gegen die Behauptung einlegte, ihre Wohlgebundenheit anerkannt. Deutschland hat also 1918 den Angriff und seine Verantwortlichkeit klar und ausdrücklich angegeben. Sie erklären weiter, daß das deutsche Volk nicht für die Haltung der früheren deutschen Regierung verantwortlich gemacht werden könne. Deutschland hat indessen nicht erklärt — und eine solche Behauptung würde allen Prinzipien des Völkerrechts entgegenstehen — daß eine Veränderung seines politischen Regimes oder die Umwandlung seines Personals genügen würde, um die von der Nation übernommenen Verpflichtungen ungültig zu machen. Es hat weder 1918 gegenüber Frankreich noch der Ausübung der Republik noch 1917 gegenüber England aus dem Beschaffung des Parikans durch die Revolution diesem vorgebrachten Prinzip geachtet. Sie verlangen endlich die Übermittlung des Berichtes der Kommission für die Verantwortlichkeit. Zur Antwort habe ich die Ehre, zu erwidern, daß die alliierten und assoziierten Regierungen die Berichte der von der Friedenskonferenz eingesetzten Kommission als Dokumente von inneren Angelegenheiten betrachten, die Ihnen nicht unterbreitet werden können.

Gewöhnlich Sie, Herr Präsident, die Veröffentlichung meiner Hochachtung. geg. Clemenceau.
Die gewöhnlichen Erklärungen Clemenceaus, insbesondere die Verweigerung der Herausgabe des Kommissionsberichtes über die Verantwortlichkeit, gegen deutsche Symptome des schlechten Gewissens. Clemenceau stellt jetzt vor dem Entweder — Oder. Wir hoffen, daß er darüber zu Fall kommt.

Ein neuer Krieg im Osten?

Nach Warschauer Meldungen hat soeben ein Junker der russischen Regierung das polnische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten dahin verständigt, daß die Besetzung von Wilna durch die Polen als Kriegserklärung betrachtet wird.

Der letzte Termin.

Berlins, 21. Mai. Die Unterzeichnung des Friedensvertrags soll bis 15. Juni als letztem zulässigen Termin erfolgen.

Die Alliierten vor Petersburg.

Stockholm, 21. Mai. Die „Politiken“ aus Helsingfors erzählt, ist augenblicklich ein großer Angriff auf Petersburg im Gange. Der Vorstoß an der estnischen Front ist bereits bis Koparje und Koloskowitz, die auf halbem Wege zwischen Narva und Petersburg liegen, vorgezogen. Jagleich hat ein anderes Korps die Stadt Odow erreicht in der Absicht, Pskow von Petersburg abzuschneiden.

In enger Fühlungnahme mit der estnischen Front operiert die englische Flotte in der finnischen Bucht. Sie hat Montag neue Verstärkungen erhalten. Die finnischen Truppen in Karelien verhalten sich augenblicklich abwartend, weil sie erst den Erfolg des estnischen Vorstoßes abwarten wollen.

In Petersburg bereitet man sich zur Verteidigung der Stadt vor. Die Stärke der dort zusammengezogenen Truppen beträgt 300 000 Mann. Man rechnet mit einem gleichzeitigen Angriff von Finnland und Estland her. Angenommen ist man entschlossen, die Stadt den Angreifern, falls diese siegen sollten, nur als Ruinenhaufen in die Hände fallen zu lassen.

Ein deutsches Heim für Kaiser Wilhelm.

Die Deutschnationale Volkspartei, Verbund Hansa, fordert in einer mit mehreren tausend Unterschriften versehenen Eingabe an die Deutsche Nationalversammlung, Weimar, daß dem deutschen Kaiser ein regierungsfremd gestiftetes Heim in Deutschland zur Verfügung gestellt wird. Dem Reichspräsidenten wurde in einer Drahtnachricht von dieser Forderung Kenntnis gegeben.

Um Polens Ansprüche.

Berlins, 20. Mai. Die Ereignisse dieser Woche drängen sich gewaltig zusammen. Am Freitag trifft Poderevski in Paris ein, um den äußerst schwierigen Verhandlungen der Alliierten über die Grenzen, sowie die künftige Beherrschung Polens beizuwohnen. Auf Polen konzentriert sich gegenwärtig die Aufmerksamkeit Frankreichs, Amerikas und Italiens, abgesehen von den Wünschen der kleinen Nachbarn. England sucht vermittelnd einzugreifen. Der bedeutendste Gegensatz in der polnischen Frage besteht zwischen Frankreich und Italien, weil Frankreich in einem Bericht an die Alliierten verlangte, daß Polen ohne Einschränkung seiner Herrschaft bleiben müsse und weil er die Ausdehnung Polens nach Südosten bis an die künftigen Grenzen Rumaniens wünscht. Clemenceau unterstützt die Vorschläge Frankreichs. Gegen ihn tritt Italien mit solcher Schärfe auf, daß eine ernante Abreise Orlando's und Sonnino's am vergangenen Montag nur in letzter Stunde durch die Vermittlung Lloyd Georges vermieden werden konnte. Amerikas Stellungnahme zur polnischen Frage gründet sich auf die Tatsache, daß die Armee Gallers, die ausschließlich durch amerikanisches Geld geschaffen wurde, heute auf Kosten der amerikanischen Hochfinanz gehalten wird. Dafür verlangen die amerikanischen Interessentengruppen, daß die polnischen Truppen nicht gegen die Ukrainer kämpfen, weil Amerika mit der Ukraine nicht im Kriege ist. Französische Kreise hegen dagegen zum Kampf zwischen Polen und Ukraine. Der Streit um die russischen Erdölbrunnen verärgert sich durch amerikanische Ansprüche, die verlangen, daß diese Distrikte nicht Polen zugesprochen werden. Die Franzosen verlangen die Ueberlassung der Brunnen an die Polen. Die Gegenstände im Lager der Alliierten wegen Polen sind so stark, daß zweifellos noch ernste Vorfälle zu gewärtigen sind, besonders wegen der französischen Grenzforderungen und der militärischen Wünsche.

Totales u. Provinzielles.

Sobran D.-C., den 23. Mai 1919.
*(Volkshabstimmung in Oberschlesien?) In Berlin neigt man der Ansicht zu, daß die Entente jedenfalls mit sich über die Abtretungen an Polen handeln lassen wird. Wenn sie auch nicht räumlich auf die ersten Bedingungen beschränkt, so dürfte sie sich doch dazu bestimmen lassen, eine Volksabstimmung sowohl in Oberschlesien wie in Westpreußen vorzunehmen.

(Die Stadtverordnetenversammlung)

am gestrigen Abend brachte einige interessante Beschlüsse und Ueberrassungen. Anwesend waren 18 Stadtverordnete, sowie vom Magistrat die Herren: Bürgermeister Reich, Beigeordnete Hering, Ratmann Sobotta, Ratmann Beigel und Ratmann Polzei; der Zuhörerrom war dicht gefüllt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden 3 Dringlichkeitsanträge angenommen, von denen über den einen, Stellungnahme gegen die Ergänzungswahl des Arbeiterrats, gleich vorher verhandelt wurde. In einer Eingabe an die Stadtverordneten erheben eine Anzahl Mitglieder des Plenums Protest gegen die am 7. Mai getätigte Ergänzungswahl. Darin wird zum Ausdruck gebracht, daß diese Wahl einseitig und gegen den Willen des weitaus größten Teiles der Bürgerchaft unter Ausschlag der Öffentlichkeit erfolgt sei. Bekanntlich lagte an diesem Tage eine Sitzung des bisherigen Arbeiterrats, welcher der Kreisvolkstratsvorsitzende Sollich betwohnte. In dieser Sitzung sind auf Betreiben der sozialdemokratischen Ortsgruppe 5 Mitglieder, und zwar sämtlich aus dieser Partei, in den Arbeiterrat neu gewählt worden, obwohl vorher von derselben Partei eine Neuwahl des gesamten Arbeiterrats in mehreren Eingaben an den Kreisvolkstrat gefordert wurde und eine solche bereits nach der Verhältniswahl (Hamburger System) in Aussicht genommen war. In dem Protest der betr. Stadtverordneten wird verlangt, daß vom Plenum gegen diese Maßnahmen einer Partei und Territorisierung der Bürgerchaft beim Staatskommissar für Oberschlesien und beim Volkstrat in Breslau Beschwärde erhoben werden soll. Bis dahin soll der neue Arbeiterrat nicht anerkannt werden, vielmehr gelte für die Stadt nur der alte, rechtmäßig von der Gesamtbevölkerung gewählte Arbeiterrat, mit dem man in gutem Einvernehmen arbeiten will. Die Versammlung erhebt hierauf den Protest einstimmig zum Beschluß. Ein Antrag aus der Versammlung, auch die aus dem neuen Arbeiterrat heraus gewählten Kontrollkommissionen pp. als nicht zu Recht bestehend gelten zu lassen, wird dahin erledigt, daß der Magistrat bei der betr. Fassung darüber Auskunft einholen soll, ob die Arbeiterräte überhaupt noch rechtmäßig bzw. gesetzlich zugelassen sind. — Hiernach wurde die Tagesordnung wie folgt erledigt: Von den Beschlüssen der Kammer- und Sparkasse für März und April er. nahm die Versammlung Kenntnis. Der Magistratsantrag, die Hälfte des Geschäftsgewinnes aus dem Jahre 1918 mit 8079,37 M. so zu verteilen, daß 3000 M. dem Straßenpflasterungsfonds, 2000 M. dem Kanalisationsfonds, 2000 M. für den in Aussicht genommenen Umbau der Kammerkassette, 500 M. dem Grundstücksvermessungsfonds und der Rest mit 579,37 M. für andere gemeinsinnige Zwecke verwendet werden soll, findet die Zustimmung der Stadtverordneten, nachdem noch Herr Stadtd. Cohn beantragt hatte, aus diesen Ueberschüss in dem deutschen Hilfswerk für Kriegs- und Zivilgefangene anstatt 100 M. wie vom Magistrat beschlossen 300 M. zu bewilligen. Dieser Antrag wurde hierauf gleichfalls angenommen. Der löbliche Beschluß verdient besondere Anerkennung. In den Verwaltungsrat der Stadtsparkasse anstelle des Stadtd. Herrn Cohn, welcher das Amt aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt hat, wird Herr Rechtsanwalt und Notar Dr. Zader neu gewählt. — Von den 490 M. betragenden Umzugskosten des Lehrers Herrn Friedrich wurden gemäß dem Magistratsantrag nur 150 M. bewilligt. Der Magistratsbeschluß lautet dahin, daß die Stadtgemeinde Umzugskosten grundsätzlich nicht erstatte, nur mit Rücksicht auf die Teuerung habe der Magistrat eine Beihilfe von 150 M. beschlossen. — Dem Polizeiwachmeister Herrn Scheliga wurden die Kosten zum Besuche der Volksschule in Höhe von 350 M. mit der Maßgabe bewilligt, daß dieser Betrag zurückgezahlt werden muß, falls der betr. Beamte vor Ablauf von 3 Jahren den hiesigen Posten verläßt. — Die nächste Vorlage betraf die Wahl einer Kommission zur Feststellung und Beschaffung von Wohnungen. Um der Wohnungsnot, die bekanntlich allseits herrscht, entgegenzutreten, sollen nach einem Aufschreiben der Regierung in erster Reihe staatliche und kommunale Räume herangezogen werden, bevor einschneidendere Maßnahmen bei den Bürgern gesehen. Die Herr Stadtd. Gras erwähnt, dürfte die Wohnungsnot hier bald insofern beseligt sein, als in diesem Jahre eine Anzahl Neubauten von Kleinwohnungen in Aussicht stehen, falls die behördlichen Kostenermäßigungszulüsse gewährt werden. Herr Bürgermeister Reich teilt mit, daß ihm von einer Seite hier 15-20 Wohnungen bei Bürgern, welche anscheinend nicht vermieten wollen, namhaft gemacht worden sind. Sehr treffend bemerkt auch ein Stadtverordneter, daß hier wohl bald Woh-

nungen insofern vorhanden sein dürften, da aus gewisser Angstlichkeit bestehende Bewohner unsere Stadt verlassen. In die h. r. Kommission wird hierauf die Bau-Deputation gewählt. — Den drei nächst. Nachwächtern wurde eine weitere Teuerungszulage von monatlich 25 M. bewilligt, bezgl. wurde die Teuerungszulage für den Polizeiwachmeister Klinger von 20 auf 40 M. monatlich erhöht. An Kreisabgaben werden 1623 M. nachbewilligt. — Über die nächsten Vorlagen, Beamten Teuerungszulagen pp., wurde in gleicher Sitzung verhandelt. Hiergegen wurde, was wohl einzig dastehen dürfte, aus dem Zuschauerraum heraus laut protestiert. Dieses Gebaren der Zuhörer ist entschieden zu mißbilligen, obwohl wir auf dem Stadtpunkt stehen, daß die betr. Vorlagen, nachdem sie einmal öffentlich bekannt gemacht waren, auch ruhig in öffentlicher Sitzung verhandelt werden könnten. In der gegebenen Sitzung wurden den hiesigen Beamten die laufenden Kriegsteuerungszulagen nach den staatlichen Grundätzen gewährt, sowie die Amtszulage für Herrn Rektor Hartmann von 900 M. auf 1200 M. erhöht. Dagegen wurden die Ortszulagen für die Volksschullehrer (entsprechend den Gehältern des Oberschlesischen Industriebezirks) abgelehnt. (Vermittelt haben wir in der Sitzung eine Protestkundgebung gegen den Gewaltfrieden. D. Red.)

(Die Kavallerie-Abteilung Poel)

die an dieselbe angegliederte Radfahrer-Abteilung, welche als Grenzschutz seit Anfang Februar d. Js. hier quartiert waren, haben sich heute vormittag von unserer Stadt verabschiedet. Die Soldaten nahmen auf dem Ringe Aufstellung, wobei die Stadtbürger sowie ein zahlreiches Publikum sich eingefunden hatten. Herr Rittmeister Poel, jener lebenswürdige, treuherzige Mann, welcher besonders auch durch seine Unvoreingenommenheit sich die Zuneigung wohl aller Sobraner gewonnen hatte, hielt eine warme, zu Herzen gehende Ansprache, in welcher er im Namen seiner Kameraden allen lieben Sobranern für die gute Aufnahme und das gastfreundliche Entgegengemommen während der 3 1/2 monatlichen Anwesenheit herzlich dankte und den Wunsch ausdrückte, daß die Stadt Sobran weiter wie bisher eine treu deutsche Stadt bleiben möge. In das auf die Stadt Sobran vom Herrn Rittmeister angebrachte Barra stimmten die Soldaten laut ein. — Herr Bürgermeister Reich sprach in seiner Antwort wohl allen Sobranern aus dem Herzen, als er der Abteilung und besonders dem Herrn Rittmeister Poel für all das freundschaftliche Entgegengemommen dankte und den Wunsch nach einer baldigen Wiedkehr der Abteilung Poel ausdrückte. Die Stadt Sobran werde wie bisher immer gastfreundlich und stets eine treu deutsche Stadt bleiben. Mit dem Abschiedslied: „Maß in dem zum Städtle hinaus“ zog die Abteilung von dannen.

(Die Deutsche Volksbank)

hat das den J. Gregerath'schen Erben gehörige Wohnhaus in der Oberstraße, in welchem sich die Geschäftsräume der Genossenschaft befinden, für den Preis von 21 000 M. käuflich erworben.

(Berichtigung.)

In dem in Nr. 40 des Stadtblattes veröffentlichten Artikel über Teuerungszulagen an Militärentenempfangern muß es anstatt Zahlungsequivalenzen heißen Zuschlag-Darstellungen. Die üblichen Rentenquittungen sind nach wie vor erforderlich, nur brauchen über an Witwen und Waisen zahlbare Zuschläge besondere Zuschlagquittungen nicht mehr ausgestellt werden. Die Zahlung der diesen Zahlungsempfängern zuzehenden Beiträge erfolgt vielmehr künftig auf Grund von Auf den Gesamtbetrag lautenden H-Darstellungen.

(Die Raubüberfälle)

in der hiesigen Gegend nehmen immer mehr überhand. Mittwoch abend besand sich der Fleischer E. Sollorz von hier auf dem Wege von Pöbhorn nach Hanke. Unterwegs, in der Nähe von Born, wurde er von 5 jungen Männern überfallen, welche ihn seiner Borschaft in Höhe von 2800 M. beraubten. Die Räuber wurden in fünf Burschen aus Born (darunter Söhne wohlhabender Bauern) ermittelt. Einer derselben (Wilhelm Cronczel) ist gestern nachmittag vom Grenzschutz festgenommen worden. Derselbe hat die Tat eingestanden und auch die Namen der anderen Komplizen genannt. 540 M. und das Vortemouate des Beraubten wurden bei ihm vorgefunden. Die Burschen hatten sich offenbar in den Raub geteilt. Offenlich gelingt es, auch die anderen Räuber, welche flüchtig sind, bald festzunehmen und sie der gerechten Bestrafung (wegen Straßenraub im Belagerungszustande) zuzuführen. — Dieser Tage verurteilte ein Richter, in den Gutshof Boranow's einzubringen; sie wurden jedoch verurteilt.

(Ein Sprengattentat)

ist am Mittwoch gegen den Gendarm-Wachmeister Feist in Boguschowiz ausgeführt worden und dadurch

großer Sachschaden entstanden. Der Beamte blieb glücklicherweise unverletzt. — In Elguth-Boguslawitz wurde der Hohlloch-Wärter überfallen und seiner Uhr beraubt. Außerdem nahmen die Räuber einen Treibriemen und eine Diamant-Bohrkrone mit.

(Ober-Schlesien an Wilkon.) Der Staatskommissar für den Regierungsbereich Oppeln, Otto Hörtel, hat an den Reichsministerpräsidenten Scheidemann in Berlin nachstehendes Telegramm geschickt:

Als Bausträger von mehr als 1 1/2 Millionen Bewohnern Ober-Schlesiens bitte ich Sie, den Wunsch der allerersten und offizierten Mächte in Paris folgenden Protest schnellstens übermitteln zu wollen:

Ober-Schlesien, das unermesslich deutsche Land, das vor vielen hundert Jahren nur kurze Zeit Staatsgenossenschaft mit Polen hatte, erhebt klammern den Protest, daß Ober-Schlesien an Polen angegliedert werden soll. Die Empörung ist in Ober-Schlesien ungeheurer, daß die stillen Besprüche des Präsidiums Wilkon auf Ober-Schlesien keine Anwendung finden, daß es als deutsches Land in polnische Kultur geföhrt werden soll. Die ober-Schlesische Arbeiter- und Bauernschaft weiß, daß sie der vorbildlichen deutschen Sozialpolitik, des Achtundtags, sowie des Mitbestimmungsrechtes, das sie in demokratischen Deutschland errungen hat, in einem Polen sofort verlieren werden. Die Arbeiterbeschäftigten, Witwen und Waisen wissen, daß sie jeder Unterdrückung sofort Widerstand leisten und somit dem Streik und Ungehorsam überantwortet werden. Das ganze ober-Schlesische Volk weiß aber, daß es aus einem Staatswesen der höchsten Demokratie der Welt in einen kapitalistischen Klassennationalismus überdrückt und Unfreiheit hergeführt, und in dem es sich noch schlimmer werden wird, kommen würde. Von der 2.230.000 Personen starken Bevölkerung haben 1.560.000 in Protestversammlungen und Demonstrationen gegen diesen Frieden protestiert und sich erklärt und gebunden, ihre Herzen zu wollen, als in polnische Korruption und Kultur zu gehen. Die erdrückende Mehrheit des ober-Schlesischen Volkes erwartet Gerechtigkeit und Recht; es hofft auf Menschlichkeit auch von den Elitern und verlangt, daß Ober-Schlesien ungeteilt bei Deutschland verbleibe.

Hörtel.

Staatskommissar für den Regierungsbereich Oppeln und Mitglied der Nationalversammlung.

(Englische und amerikanische Pressevertreter in Katowitz.) Die Pressen der Staatskommissariate für Ober-Schlesien teilte mit: Am Sonntag wollte unter Führung eines Herrn vom Auswärtigen Amt in Berlin eine amerikanische und englische Pressedelegation in Katowitz. Die Herren hielten den Besuch geäußert, die Bewegung der ober-Schlesischen Industrieproduktion aus eigener Anschauung einmal kennen zu lernen. Vertreter waren von der Londoner Presse „Daily Chronicle“, „Daily Mail“ und „Daily Herald“. Letzteres ist das sozialistische Arbeiterblatt Englands. Von der amerikanischen Presse waren vertreten das offizielle amerikanische Telegrammbüro Associated Press, ferner „Newport Times“, „Newport Tribune“ und das größte amerikanische Wochenblatt „Saturday Evening Post“. Die Herren hatten Gelegenheit, den Zug der 100.000 in Katowitz in Augenweite zu sehen.

(Wegen die übertriebene Neugierigkeit von Beamten.) Von der Pressestelle des Staatskommissariats für Ober-Schlesien wird geschrieben: Während gegenüber der polnischen Gesandtschaft die ober-Schlesische Bevölkerung wie ein Mann erhebt und Demonstrationen und Proteste von solcher Gewalt und Macht veranstaltet, wie sie in der neueren Geschichte geradezu einzig dastehen, gibt es immer noch vereinzelt Beamte, die in ihrer übertriebenen Neugierigkeit ihre Hülfe in der Flucht suchen. Diese Leute sängen mit ihrem mangelndem Verantwortungsbewußtsein die noch eigentlich Führer des Volkes sein möchten. Sie sollten sich ein Beispiel nehmen an der verantwortlichen Gesandtschaft der übrigen ober-Schlesischen Bevölkerung, die einmütig und vertrauensvoll hinter ihrer Regierung steht und weiß, daß diese Regierung zum Teil Ober-Schlesiens Verhandlungen mit unseren Feinden durchzuführen wird und muß. Ferner sind bei dem Staatskommissar für Ober-Schlesiens Meldungen elagelaufen, daß eine Reihe gewissenloser Beamter sich immer noch in der Verbreitung staatsfeindlicher Agitation geföhlt. Das Staatskommissariat hat dieshalb alle Behörden ersucht, ihnen diese Beamten unverzüglich namhaft zu machen.

(Polnisches Münzgesetz.) Polnische Blätter melden folgende Einzelheiten des neuen

polnischen Münzgesetzes: Die Mängelhaftigkeit soll der „Gulden“ sein, zu 100 „Groschen“. geprägt werden in Gold 20 Gulden, genannt Dukaten, und 10 Gulden, Halbdukaten, in Silber 5, 2, 1 und 1/2 Gulden, in Nickel 20 Groschen, in Eisen 10, 5, 2 und 1 Groschen. Die Goldmünzen sollen aus 900 Teile Gold, 100 Teile Kupfer enthalten. Das Gewicht der 20-Guldenmünze beträgt 6,045161 Gramm, der Durchmesser 21 Millimeter.

(Die Aufstellung von Vermögensverzeichnis.) Die Aufstellung der Vermögensverzeichnis nach dem Stande der Vermögen vom 31. Dezember 1918 muß bis zum 31. Mai erfolgt sein. Es ist nun darauf hingewiesen worden, daß Steuerpflichtige, die es früher unterlassen haben, ihre Einkommen oder Vermögen richtig anzugeben, jetzt durch eine den Gesetzen entsprechende Vermögensaufstellung in eine schwierige Lage kommen können. Dazu ist zu bemerken, daß ein Steuerpflichtiger straflos bleibt, wenn er seine unrichtigen oder unvollständigen Angaben, bevor eine Anzeige gegen ihn erstattet oder eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet ist, bei der Steuerbehörde berichtigt oder ergänzt und die geschuldete Steuer, soweit sie bereits fällig gewesen ist, entrichtet. Der Vorbehalt der Veranlagungs-Kommission macht darauf aufmerksam, daß die Vermögensverzeichnis: wohl bis zum 31. d. Mts. aufzustellen, aber noch nicht eingereicht zu haben. Die bereits eingereichten Vermögensverzeichnis: sind bei der Veranlagungs-Kommission nicht abzuholen.

(Zur Beachtung.) Das Detachement Hoff bittet zu beachten, daß Besuche und Genehmigungen zu Versammlungen von Vereinen der General-Kommission ausschließlich an das zuständige Landratsamt zur Mittelleitung zu richten sind. Das Detachement hat mit demartigen Besuchen nichts mehr zu tun und kann nicht auch nur dem Landratsamt assistieren, wodurch naturgemäß Zeit verloren geht. Aus diesem Grunde erwidert sich auch, persönlich beim Detachement oder einem der Offiziere vorzukommen.

(Erweiterung der Markt.) Aus Järsch wird eine plötzliche starke Markterweiterung der deutschen Reichsmark gemeldet, welche sich dem freien Verkehr sogar 53 bis 60 erreichte. Die schwedischen Blätter erblicken als Ursache der plötzlichen Erweiterung der Reichsmark in der Schweiz die feste Haltung der deutschen Regierung gegenüber den feindlichen Forderungen.

(18000 Lehrer gefallen und verwundet.) Über 100.000 deutsche Lehrer gehen aus den Volksschulen und höheren Lehranstalten, sowie als Randarbeit aus Privatschulen, Seminaren und den Universitätskursen in die Schutzgräben, von denen fast der achte Mann den Heldentod fand.

(Ober-Schlesischer Schützenbund.) In der letzten Sitzung des Bundesvorstandes des ober-Schlesischen Schützenbundes unter Vorsitz des Bundesvorsitzenden Wieram aus Kattowitz wurde beschlossen, den Delegiertenstag des ober-Schlesischen Schützenbundes am 29. d. Mts. in Hybnitz abzuhalten.

(Für 2000000 Mark Tuche aus Paris.) Aus Eberfeld wird vom 20. Mai gemeldet: Große Mengen Tuch, die mittags direkt aus Paris in wäldigen Lastautos in Köln eingetroffen waren, wurden an hiesige Tuchschäute abgeliefert. Die Preise sind noch sehr hoch. Der Wert der Sendung beläuft sich auf zwei Millionen Mark.

(Wohnungsnot überall.) In dem Krakauer Blatte „Gornet Krakowski“ ist folgende Anzeige veröffentlicht: Demjenigen, der mir 20.000 Kronen leiht, weise ich eine Wohnung von zwei Zimmern, Küche und Badelokal nach.

(Grubenkatastrophe in Nährisch-Odrau.) Der Draß meldet uns aus Wien vom 21. Mai: Nach einer Blättermeldung aus Nährisch-Odrau ereignete sich in einem neuen Schacht der Gwerkschaft Gutmann in Kyzlosolge einer Explosion schlagender Wetter ein Grubenunglück. Die Zahl der Opfer ist sehr groß. Es wird behauptet, daß diese Katastrophe politischen Ursprung habe. — Zu dem Unglück wird weiter berichtet: Die Bergwerksarbeiten wurden die ganze Nacht hindurch fortgesetzt. Nach den bisherigen Meldungen sind 32 Tote festzustellen. In den Krankenhäusern liegen 26 Personen, teils verletzt, teils durch das Gas erstickt. Vermitt werden im Ganzen noch ungefähr 50 Personen. Zur Zeit der Explosion arbeiteten in der neuen Grube 660 Bergleute, von denen der größte Teil sich durch einen Seitenstich rettete. Einer anderen Meinung zufolge werden noch 80 Bergleute vermisst.

(Nord.) In der letzten Nacht drangen Banditen, die sich als Grenzschutzsoldaten verkleiden hatten, in die Besetzung des Landwirts Jakob Czerny in Markowitz ein, erschlugen

den 70 Jahre alten Besitzer und jagten ihm dann noch eine Kugel in den Leib. Die alte Frau des Erschlagenen wurde gefesselt und mit dem Tode bedroht, geföhnt. Die Banditen entfernten sich, ohne etwas mitzunehmen.

Kybnitz, 20. Mai. Gestern wurde eine Granatenattentat auf die Schule unternommen. Es wurde beträchtlicher Sachschaden angerichtet. Verletzt wurde niemand. Es sei ausdrücklich bemerkt, daß es sich nicht um eine Handgranate handelt, sondern um eine schwere große Granate.

Kybnitz, 22. Mai. Eine neue Protestversammlung gegen den Gewaltfrieden drückte am Freitag die katholische Volkspartei und die katholischen Vereinigungen.

Polaschowitz, 22. Mai. Der Spar- und Darlehnskasse, eing. Gen. u. unbeschr. Haftung, hält die ordentliche Generalversammlung am Sonnabend den 31. Mai d. J., nachmittags 6 Uhr im Deutschen Gasthause ab.

Polaschowitz, 21. Mai. Am 1. Mai nachts drangen Diebe, bestehend aus 7 Mann, nach Demowitz der Fenster in die Wohnung des Schwärzplüßhändlers Draga in Jergowitz, banden zuerst das Dienstmädchen, dann die Eheleute auf ihren Betten, durchschürzten die Wohnung und nahmen alles, was ihnen nur in die Hände fiel; zwei Schwere wurden abgeführt und fortgeschleppt. Wäsche, Kupfer, Eisen, Spielzeug, Sachen im Wert von 5000 Mark waren gestohlen. Im Ganzen hat der betr. Besitzer einen Schaden von 10000 Mark zu beklagen. — In der Nacht zum 17. Mai wurden der Hauslerin Anna Kugel 5 Säcke gestohlen. In derselben Nacht wurden dem Hausler Kuffel in Jergowitz 2 Kühe gestohlen. In Polaschowitz wurden die Dieben die Kühe von Grenzbranten abgenommen und dem Kuffel zurückgeliefert. — Auf Kolonie Pawlitz drangen Diebe auf dem Boden des Hauslers Sado und entwendeten Kleider, Schuhe, Fleisch, Spielzeug. Ein Rohplüßhändler Karzel verlor durch das Diebstahl einzuweisen. Da der Besitzer sie bei der Arbeit störte, wußten sie flüchten. — Von 6 polnischen Männern wurden dem Bauwirt Josef Kopley auf Sterbowa, Distrikt Goldmannsdorf, 6000 Mk., die er in Gold und Silber gesammelt hat, geraubt.

Steinwitz, 21. Mai. Die Protestversammlung gegen den Gewaltfrieden, die auf dem Krakauer Platz stattfand, machte einen erheblichen Eindruck. Mitglieder der hiesigen Fluchtorganisation über der Stadt und waren Flugblätter heraus, in die Parteiführer ihre Reden hielten. Die Arbeit der Reden wurde eröffnete Gwerkschaftsleiter Heider. Er schloß mit einem Hoch auf die „Internationale, völkervereinende Sozialdemokratie.“ Pastor Mayne zitierte das Wort Friedrichs des Großen: „Gehorsam kann der Preuze nicht leben“, und betonte, daß Ober-Schlesien rein deutsches Kulturgebiet ist. Die Ausführungen des Divisionärers Binzent stießen in die Worte aus: Ehre, Freiheit und Vaterland. Ihnen gilt unser Leben, Denken und Handeln. Abg. Becker erklärte, daß der Anschluß an Polen nur der Diemantel für Frankreichs Begehren sein soll, die Hand auf die ober-Schlesischen Hüften und Rücken zu legen. Rechtsanwalt Hebert hob hervor, daß aus der Engländerische Wilkon ein Nachwort der Hölle geworden sei. Der Gift des Tyrannen Napoleon sei milde zu nennen gegen den Gift, der aus den unersättlichen Morbbildungen fließt. Der frühere Abg. Rau warnte vor Wiberständigkeit mit der Waff. Der Entente gegenüber, nur passiver Widerstand sei angebracht. Er wünschte überflüssig und friedliches Zusammengehen mit den sozialistischen Staaten Ausland, Ungarn und Österreich. Hierauf wurde folgende Entschließung angenommen: „Einmütig erhebt die 70000 Köpfe Bevölkerung der Stadt Steinwitz mit mehr als 75 Prozent deutschen Gläubigern schärfsten Einspruch gegen den brutalen Gewaltfrieden, der Deutschland verfallmelt, die deutsche Volkswirtschaft und Kultur der völligen Verwüstung preisgeben würde. Sie verwahrt sich besonders gegen die Abtretung Ober-Schlesiens, wo seit mehr als 700 Jahren wir deutsch und polnisch sprechende Bürger friedlich nebeneinander gelebt und gearbeitet haben. Wir verlangen von der Reichsregierung, daß sie einen solchen Vernichtungsfrieden nicht unterzeichnet. Wir wollen als deutsche Staatsbürger leben und sterben.“

Kattowitz, 20. Mai. Die Pressen der Staatskommissariate teilte mit: Justizrat Gajda, der Führer des polnischen ober-Schlesischen Unterkommissariats Schlessen in Deutsch OS., hat es vorgezogen, nachdem sein am Doherrast grenzendes Kreiden angegriffen worden ist, seine Zelte in Warschau aufzuschlagen.

Ev. Gemeindeführer Sobrau OS. Sonntag, den 25. Mai er., vorm. 10 Uhr: **Polnischer Gottesdienst.**

Stadtsamts-Nachrichten von Sobrau.
Sterbefälle.

Am 18. Mai Anna Borwoll, geb. Bokwoll, 81 Jahre alt; am 19. Wilhelm Sobau des Rimparkwäfers Wilhelm Vaguer, 17 Tage alt; am 20. der Arbeiter Franz Zaworski, 28 Jahre alt.

Bekanntmachung.

Zu Ausführung meiner Bekanntmachungen vom 6. und 13. d. Mts. in Nr. 19 und 20 des Kreisblattes über die bis zum 31. d. M. anzuführenden, aber noch nicht eingereichten Vermögensverzeichnisse teile ich mit, daß Steuerpflichtige, deren Vermögen 10 000 M. nicht übersteigt, ein Formular nicht anzufüllen brauchen.

Ratibor, den 21. Mai 1919.

Der Vorsitzende
der Einkommensteuer-Beräumigungs-Kommissionen der Kreise Ratibor-Stadt-Land und Rybnik.

Bekanntmachung.

Montag den 26. Mai, abends 7 Uhr findet im Stadterwerbsamt eine öffentliche Sitzung des Arbeiterrats statt, zu welcher die Herrn Mitglieder hierdurch eingeladen werden.

Wichtige Tagesordnung.

Sobrau O.S., den 23. Mai 1919.

Der Vorsitzende des Arbeiterrats.
B. Bag.

Für unsere Kriegsgefangenen

haben ferner bei der Stadtparkasse eingezahlt:

Frau Dr. Eras	10 M.
Baumknecht Eras	20 "
Kaplan Hoppe	10 "
Ungenannt	30 "
Frau Gertrud Janofski	20 "
Mittelschiffer Curt Janofski	20 "
Kaufmann Anton Adamet	10 "

120 M.

Bisher eingezahlter Betrag . . . 335 "

Zusammen . . . 455 "

Weitere Spenden werden erbeten.

Allen lieben Sobrauern sagen wir bei unserem Scheiden von hier ein

herzliches Lebewohl!

Gefangen-Aufscher
Kube und Familie.

Ich nehme die von mir in Bezug auf den Zimmermann Herrn Prosper Hanslik in Friedenshütte gedruckte Beileidigung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Frau Stellenbesitzer

Euphémie Bogocz in Kreuzdorf.

X Kohlen X

gute Marken, hält in größeren Mengen vorrätig

Kohlen-Niederlage

Bahnhof Sobrau O.-S.

Klavierstimmer

Otto Fischer ist in den nächsten Tagen hierseits anwesend. Bestellungen werden in der Expedition d. Bl. entgegengenommen.

Großes Lager in 585 und 383 gef.

goldenen Trauringen.

Engelmann, Aljichowka.

Ein Junge oder Mädchen

zum Anheiraten gesucht.

Erläute Fuhren Dünger kauft

Franz Kutz.

Zigarren, Zigaretten, Tabak

rein, liefert laufend in größeren und kleineren Posten an Private und Händler,

Schröder, Berlin W. 57,

Potsdamer Str. 76 b.

Nau verlange Offerte!

Eine Bedienung

wird gesucht. Von wem? sagt die Exped. d. Blattes.

Ein Wohnhaus

mit Geschäft und 1 Morgen Garten ist bald zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Blattes.

Beim Abschied aus der lieben Stadt Sobrau, wo wir 3 1/2 Monate so herzlich aufgenommen waren, sagen wir allen Einwohnern für alle Güte und alles Entgegenkommen herzlichsten Dank. Wir scheiden mit dem Wunsche baldiger Wiedertehr.

Mit treudeutschem Gruß!

Kavallerie-Abteilung Voel.

Theater in Sobrau.

Schüftans Theatersaal.

Donnerstag, den 29. Mai, abends 8 Uhr:

Gastspiel-Vorstellung I. Operettenkräfte des Gleiwitzer Stadttheaters:

Der fidele Bauer.

Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Preise der Plätze: An der Abendkasse: Sperrsitz (num.) 3,50 M., 1. Platz 2,75 M., 2. Platz 2 M. — Im Vorverkauf in Hunold's Papierhandlung: Sperrsitz (num.) 3,20 M., 1. Platz 2,50 M.

Dieses Unternehmen ist nicht mit einem gleichlautenden Schwindelunternehmen zu verwechseln.

Nachmittag 4 1/2 Uhr: Kindervorstellung.

Sneewittchen und die 7 Zwerge.

Preise der Plätze (nur an der Kasse): 75, 60, 40 Pl., Erw. 20 Pl. mehr.

Aus meinem bereits im übrigen aufgeteilten Gute Ober-Oschin ist noch ein Rest von etwa 100 Morgen, bester Boden, gut gelegen, unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.

Kauflustige wollen sich mit einer entsprechenden Anzahlung am Sonnabend den 24. Mai 1919, nachmittags 3 1/2 Uhr bei mir einfinden.

Wilhelm Willmer,
Gutsbesitzer in Ober-Oschin.

Für zahlungsfähige Käufer

werden Landwirtschaften in jeder Größe, Gaudgrundstücke und Gashäuser (besoz. mit Landwirtschaft) für eventl. sofort, auch späterer Uebernahme gesucht. Offert. m. ausf. Angaben, Ort, Größe, Inventar, Preis und Anzahlung erbittet

Ostdentscher Grundstück u. Hypothekenver. Derball, Brieg

Bez. Breslau.

Reichenberger's Zahn-Atelier

Sobrau O.S., Ring 129.

Sprechstunden:

Vormittags von 8—12 Uhr,

Nachmittags von 2—6 Uhr.

Sonntags von 9—12 Uhr.

Arbeitsbeschäftigter, 27 Jahre, kräftige mittlere Statur, lebenslustig, sucht passende Lebensgefährtin. Etwas Vermögen erwünscht, auch Einheirat in Landwirtschaft. Zufüglichen mit Bild unter H. K. 55 postlagernd Warschowitz.

Weitere

kräftige Arbeiter

steht ein Deutsche Luftfilter-Baugesellschaft Sobrau O.-S.

Wegen Verheiratung des jetzigen Mädchens wird für bald oder spätestens 1. Juli

kräftiges Mädchen,

lath., für Haus- und Gartenarbeit in Beamtenhaushalt aufs Land gesucht. Angebote mit Lohnforderung unter P. 91 an die Expedition d. Bl. erbeten.



Wein Haus

Breitestr. Nr. 44 beabsichtige ich sofort zu verkaufen.

Karl Schimonsky.

Mauerschutt

kann von meinem Ringhaufe (Sapfelowitz) abgefahren werden.

Frau Latocha.

Kath. Gesellenverein.

Donntag, den 25. Mai, abends 8 Uhr:

Sitzung

im Vereinslokale Solorz.

Zahlreiches Gesinde erwartet

Der Vorstand.

Lichtspielhaus Sobrau

(Schüftans Saal.)

Sonntag, den 25. Mai 1919:

Marta Novelly

Im Film

„Es kam der Tag.“

Drama in 4 Akten von Fridel Kühne. In der Hauptrolle Marta Novelly.

Dezentes Belpogramm.

Voraussichtlich Rezitation des Herrn Weber aus Hindenburg.

Anfang abends 8 Uhr.

Kasseneröffnung 1/2 8 Uhr.

Ein möbliertes Zimmer

ist zu vermieten. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Bei Hautjucken

Flechte, Krätze, auch Weinge-schwüre sofort schreiben.

Kostenfreie Auskunft

Hugo Heinemann,

Sornhausen bei Odersleben.

Rückmarke erwünscht.